

Ausgrenzungsmechanismen in der institutionellen Politiksphäre – warum Frauen noch immer nicht paritätisch beteiligt sind!

Bis heute sind Frauen zahlenmäßig eindeutig die Verliererinnen auf allen Ebenen des politischen Systems. Bezüglich der institutionellen Partizipation entscheidet nicht nur die quantitative Präsenz. Gerade die gleichberechtigte Teilnahme in entscheidungsrelevanten Institutionen und Ämtern ist die Voraussetzung, um überhaupt wirksam Einfluss nehmen zu können. Je höher die politische Ebene, je weniger Frauen sind beteiligt. In Deutschland betrug der Frauenanteil 1994 im Parlament 21%, in der Regierung 16% und auf der subministeriellen Ebene 5,2%, wobei die von Frauen geleiteten Ministerien vor allem die geschlechtsspezifischen Ressorts abgedeckt haben (wie das Frauen- und Familienministerium).

Wie kommt es nun zu der Fortführung dieses Ausschlusses?

Trotz des Faktes, dass Frauen seit 1919 über das allgemeine Wahlrecht verfügen und trotz der längeren demokratischen Tradition befinden sich im Bundestag 1998 nur ~31% Frauen. Im Vergleich zu Frankreich (8,9%) erscheint dies hoch. Die skandinavischen Länder nähern sich allerdings der gleichen Teilhabe am politischen Prozess an. Allein den niedrigeren sozio – ökonomischen Status von Frauen für ihre Nichtbeteiligung verantwortlich zu machen wäre falsch. Natürlich spielt die Verfügungsmacht über materielle Ressourcen, der Zugang zum Erwerb von Kompetenzen, die sowohl in politischer Hinsicht als auch im entsprechenden beruflichen Kontext notwendig sind, und der Aufbau von Beziehungsnetzen eine wesentliche Rolle. Allerdings sind auch in sozialistischen Staatssystemen, trotz versuchter Angleichung im Bildungs- und Berufsbereich, Frauen in den tonangebenden Politgremien stark unterrepräsentiert (gewesen). Entscheidend ist die Sozialisation von Frauen: Immer noch wird ihr Blickwinkel auf die Privatsphäre beschränkt. Entsprechend dieser tradierten Geschlechterideologie entwickeln Frauen ein geringeres politisches Interesse und trauen sich selbst weniger politische Kompetenz zu. In der politischen Sphäre ist die Geschlechterhierarchie direkt verankert. Die dort geprägten Normen erkennen nur gewisse politische Handlungs-

formen, Stile und Strategien an, was letztlich zur Ausgrenzung der Frauen aus dem männerbündischen Geschäft führt. Diese informellen Strukturelemente betreffen sowohl individuelles als auch parteigesamtes Verhalten. Frauen, die vorher ausgeschlossen waren, gelten als fremd und haben nur wenig Chancen, eigene Sichtweisen in das vorgefestigte System einzubringen. Schon der enorme Zeitaufwand und die erforderliche Flexibilität, ehren- und hauptamtlich, sind kaum vereinbar mit Haus- und Familienarbeit. Variablen wie das durchschnittliche Heiratsalter, die Kinderanzahl und die mögliche Kinderbetreuung beeinflussen somit die politische Tätigkeit von Frauen. In der Realität weichen die in der Politik tätigen Frauen häufiger von der „Normalbiographie“ ab. Sie haben seltener (kleine) Kinder als die dortigen Männer und steigen später in das Geschäft ein, was gleichzeitig weniger Erfahrung bedeutet.

Auf der Kommunalebene, wo ein full – time Job nicht die Regel darstellt, sind Frauen quantitativ mehr vertreten. Die der Frau zugewiesene Rolle, einhergehend mit ihrer „Reproduktionsarbeit“, kann nach den bestehenden Regeln keine politische Partizipation zulassen. Die Kenntnis und Befolgung der Spielregeln in der Politik, von einer männlichen Elite selbst kreiert, schaffen Zugehörigkeit und Kontakte, welche nach Pierre Bourdieu wichtige Bestandteile des „sozialen Kapitals“ zum Aufstieg sind. Verbunden damit sind auch stereotype Vorstellungen von Männlichkeit, die dann eher von Männern, die diesem Ideal auch entsprechen wollen, leichter umsetzbar sind. Die Abstraktheit in den Gesetzen, der Sprache und Institutionalisierung schaffen Distanz zu weiblich sozialisiertem Denken. Gewählte Themen beinhalten selten Problematiken, die direkt Frauen betreffen. Es bleibt wenig Raum zur Identifikation mit der herrschenden politischen Ordnung. Das politische Alltagshandeln ist durchdrungen von männlich codierten Ritualen und Symbolen wie z. B. der einheitliche Anzug, Schulterklopfen u.a. Gestiken, Treffen zur Jagd oder zum Fußball und die Hierarchie zwischen Führungsebenen und der Basis. Für Frauen besteht hier ein doppelter Zwang zur Legitimierung: Sie sind Politikerinnen, aber trotzdem noch Frauen und sind Frauen trotz ihrer politischen Tätigkeit. In der Öffentlichkeit wird ihnen weniger Kompetenz zugesprochen als ihren männlichen Kollegen. Das in Deutschland geltende personalisierte Verhältniswahlrecht lässt der Frau zum Teil mehr Möglichkeiten über die Quotierungen ein Mandat zu erhalten. Denn im Verhältniswahlrecht werden Parteien gewählt, die dann nach vorher besetzten Listen nach dem erhaltenen Stimmenanteil die Mandate vergeben. Zwei Einwände möchte ich hier einbringen. Erstens werden Listenplätze nach parteitaktierendem Denken besetzt, d.h. im Durchschnitt erhalten Frauen (in Parteien ohne Quotenregelung) schlechtere Listenplätze und unsichere Wahlkreise und werden somit seltener ein Mandat zugesprochen bekommen. Zweitens ist eine Parteizugehörigkeit fast immer die Voraussetzung, um sich einen Platz auf der KandidatInnenliste zu sichern. Ist dieses erreicht, wird der Quotierungsgrundsatz bei der Besetzung der höheren Ämter oft „vergessen“. Einerseits fehlen Frauen an den Stellen, welche die Schlüsselinformationen erhalten, andererseits bekommen sie aufgrund von Vorurteilen seltener Unterstützung durch die Basis.

Im Zuge des Demokratisierungsprozesses und unter der Bedingung, dass links – Mitte Parteien an der Macht waren, sind die konkordanten Elemente (konsensorientierte Entscheidungsmechanismen, Einbeziehen unterschiedlicher Interessensgruppen) für die Beteiligung von Frauen am politischen Prozess von Vorteil gewesen. Die Bereitschaft zur Quotierung (unter SPD/FDP – Regierung in den 70er, 80er) nahm zu. Diese Vorgaben sollten auch in den einflussnehmenden Beratungsgremien/ – ausschüssen gelten, da diese nicht durch Wahlen legitimiert, sondern durch hermetische Männerbünde „vererbt“ werden.

Eine wichtige Rolle bei der Einforderung einer Paritätsbeteiligung spielten autonome Frauenbewegungen. Der Grad der Offenheit einer Gesellschaft für nichtinstitutiona-

lisierte AkteurInnen ist hier ebenso entscheidend. In Deutschland sind solche Gruppen dann kriminalisiert worden, wenn Machtpositionen und Kapital direkt in Gefahr gewesen sind (Verbot der KPD 1956, des DFD 1957).

„Soziale ehrenamtliche Arbeit war und ist eine Domäne von Frauen. Bis heute sind 80% der ehrenamtlich Hilfeleistenden weiblichen Geschlechts.“¹ Die diese Arbeit tragenden Institutionen sind allerdings wiederum stark männlich dominiert. Es lässt sich vermuten, dass die weniger durchstrukturierten und unkonventionelleren Organisationen für Frauen effektiver erscheinen und mehr Raum für ihre eigenen Ansichten und Ideen lassen. Die Distanz zur männerdominierten institutionellen Politik ist deutlich spürbar. Von vielen autonom arbeitenden Frauen wird auch die Gefahr gesehen, dass „in der Institution sein“ auch bedeuten kann, deren Werte und Regelsysteme in sich aufzunehmen und durch die Privilegien ein anderes Bewusstsein bezüglich der spezifischen Probleme von Frauen und deren Dringlichkeit zu bekommen.

Das bestehende Rechtssystem hat über Antidiskriminierungsgesetze (Das für die Privatwirtschaft angekündigte Gleichstellungsgesetz ist nach heftiger Abwehr durch dieselbige vorerst auf Eis gelegt worden!) und Veränderungen im BGB hin zur gleichberechtigten Partnerschaft zwar rechtlich gesehen Fortschritte zur Frauenförderung auch im politischen Bereich gemacht. Allerdings ist die Umsetzung genauer zu betrachten. Denn Ideal und Wirklichkeit sind noch weit voneinander entfernt. Weiterhin bestehen Steuer- und „Erziehungs“gesetze, die die Ehe und das Einverdienermodell bevorzugen. Der Verdienstunterschied zuungunsten der Frau, das niedrige Erziehungsgeld und fehlende qualitativ gute Kinderbetreuungseinrichtungen legen die Rolle der Frau auf die Erziehung des Kindes fest.

An dieser Auflistung von informellen und formellen Bedingungen für einen Aufstieg in der Männerdomäne Politik wird deutlich, dass trotz reformistischen Ansätzen letztlich nur kleine Verschiebungen in Richtung einer Beteiligung von Frauen erzielt wurden. Im gesamtgesellschaftlichen Kontext wird für mich deutlich, dass in einem kapitalistischen System eine solidarische Gleichberechtigung aller Menschen an der Gestaltung der Lebensverhältnisse nicht möglich sein kann. In einem derartigen System geht es eindeutig um Kapitalsteigerung und Gewinnmaximierung durch die Ausbeutung von Arbeitskraft. Es ist von der besitzenden, männlichen Klasse keine Veränderung oder besser gesagt Umverteilung von Macht gewollt. Bestehende Hierarchien werden nur am Rande „angekratzt“. Nur auf einer Ebene anzusetzen, ist wenig effektiv. Das patriarchale Verhältnis durchdringt und prägt alle Sphären des Sozialgebildes. Es muss eine Bewusstseinsänderung angestrebt werden, die geschlechterideologische Konzepte und bestehende Machtverhältnisse im allgemeinen in Frage stellt und Akzeptanz für Gleichberechtigungsmaßnahmen schafft. Grundsätzlich sollten daraufhin diese Strukturen nicht einfach nur in bezug auf die Gleichberechtigung übernommen, sondern neue unter Beteiligung beider Geschlechter konstruiert werden.

¹Cornelissen, Waltraud (1993), Politische Partizipation von Frauen in der alten Bundesrepublik und im vereinigten Deutschland, in: Helwig, Gisela/ Nickel, Hildegard Maria (Hg.), Frauen in Deutschland 1945 – 1992, Bonn, S.329.

Denn auch wenn in den letzten Jahrzehnten Fortschritte gemacht wurden, bleibt die Frage, ob diese auch in Krisenzeiten Bestand haben werden.

Quellenangabe:

Cornelissen, Waltraud (1993), Politische Partizipation von Frauen in der alten Bundesrepublik und im vereinigten Deutschland, in: Helwig, Gisela/ Nickel, Hildegard Maria (Hg.), Frauen in Deutschland 1945 – 1992, Bonn, S.321 – 350.

Knaup, Bettina (1998), Frauen und politische Entscheidungsmacht: Von fernen Zielen und drohenden Rückschritten, in: Klingenbiel, Ruth/ Shalini, Randeria (Hg.), Globalisierung aus Frauensicht, Bonn: Dietz, S.86 – 111.

Lemke, Christiane (2001), Changing the Rules of the Game: The Role of Law and the Effects of Party Reforms on Gender Parity in Germany, in: Klausen, Jytte/ Maier, Charles (Hg.), Has Liberalism Failed Women? Assuring Equal Representation in Europe and the United States, New York: Palgrave, S. 123- 142.

Limbach, Jutta (2001), Constitutional Reform and Gender Mandates, in: Klausen, Jytte/ Maier, Charles (Hg.), Has Liberalism Failed Women? Assuring Equal Representation in Europe and the United States, New York: Palgrave, S. 177 – 184.